

Zeitschrift: Puls : Drucksache aus der Behindertenbewegung
Band: 30 (1988)
Heft: 4: Behinderte Politik

Artikel: BehindertePolitik, PolitikBehinderung
Autor: Ottiger, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157655>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Behinderte Politik PolitikBehinderung

von Paul Ottiger



Politik – ein Wort, das viele erschauern lässt. So fragt auch Georg Kreisler in einem seiner Lieder. «Aber was für einen Ticker hat denn ein Politiker?» Er trifft damit sicher den Kern der Sache. Schlägt man/frau im Duden (Jg. 1944) unter Politik nach, so steht dort «Volksführung; Berechnung» und unter Politiker steht «Staatsmann; Schlaukopf». Die Sache dieser Schlauköpfe (Politiker) bewegt sich in einem enormen Spannungsfeld. Dieses umfasst das *Volk* – die *Parteien* – die *Verbände* – die *Wirtschaft* – und den *Staat*. Dies sind wiederum alles Begriffe, die mit den verschiedensten Inhalten gefüllt werden können. Für jede einzelne Partei ist das Volk wieder ein anderes. So geben sie zwar alle vor, das Volk zu vertreten; aber immer wieder ein anderes als die andern. Um dies zu verdeutlichen, möchte ich ein wenig auf diese eigenartigen «Vereine» eingehen (ich be-

schränke mich auf die sogenannten Bundesratsparteien).

Die Parteien

Die *Sozialdemokraten* wollen den arbeitenden Teil der Bevölkerung vertreten. Nun hat ihnen die Wirtschaft jedoch einen Strich durch die Rechnung gemacht und hat aus diesen Arbeitern «Angestellte und Mitarbeiter» gemacht. Da diese Begriffe einen besseren Klang haben, wurden sie von den Arbeitern anerkannt. Die SP hat ihre Basis so vor ein paar Jahren verloren. Sie befindet sich heute noch auf der Suche nach ihr.

Die *Christlichdemokratische Volkspartei* vertrat ursprünglich den christlichen Teil der Bevölkerung. Ursprünglich deshalb, weil sie auch ihre christliche Basis vor allem in den Städten und Agglomerationen verloren hat. Diese eher bürgerliche Basis findet sich jedoch heute wieder unter dem Stichwort Familie. Ob sie sie jedoch mit den zunehmenden Einelfamilien nicht auch noch verliert, wird sich weisen.

Die *Schweizerische Volkspartei*, vor fünfzehn Jahren nannte sie sich noch Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) hat, wie aus dem Namenswechsel ersehen werden kann, auch ihre Basis verloren. Dies auch vor al-

lem in den Agglomerationen, da dort die Bauern in den letzten Jahren am meisten verschwanden. Sie versucht nun vor allem in Gewerbekreisen neu Fuss zu fassen.

Die *Freisinnig Demokratische Partei* verliert ihre Basis vor allem an die CVP und die SVP, da beide Parteien dem Gewerbe hofieren. Sie wird mehr und mehr zu einer Partei der Industrie und versucht die Abwanderung der Kleingewerbler zu verhindern.

Die Verbände

Sie sind heute einer der zentralsten Machtfaktoren in der Schweiz. Auch der Ce Be eF ist in einem Verband, nämlich der ASKIO, organisiert. Sie versucht bei allen wichtigen Fragen, die die Behinderten betreffen, Einfluss zu nehmen auf die Politik. Verbände gibt es in der Schweiz unzählige. Alle versuchen Einfluss auszuüben, setzen, wenn sie können, Politiker unter Druck oder versuchen, sich über die Presse Gehör zu verschaffen.

Der Staat

Das sollten wir alle sein, wie uns die Schlauköpfe immer wieder weise zu machen versuchen. Der Staat sollte vom Volk gebildet werden. Dazu sind die Wahlen da, und diejenigen, welche



gewählt werden, regieren dann das Volk. Der Staat hat Aufgaben, die zum Wohle des Volkes ausgeführt werden sollen. Doch ist es natürlich immer strittig, wer das Volk denn ist, bei all diesen Volksparteien. Was zuletzt jeweils auf dem Tisch liegt, ist dann eine sogenannt *ausgewogene* Sache. Initiativen sind z.B. nie ausgewogen, da sie immer von einzelnen Parteien oder Verbänden gemacht werden. Sie sind dann überrissen, mangelhaft und un- ausgewogen. Darum werden sie auch meistens abgelehnt bei Volksabstimmungen. Damit wären wir bei der vielgelobten Demokratie des Volkes.

Volksdemokratie

Eine direkte Volksdemokratie haben wir in der Schweiz. Wir alle können wählen und abstimmen gehen und so unseren Willen zu den Fragen des Staates kundtun. Dies können wir jeweils mit einem JA oder einem NEIN, welches dann unseren Willen zeigen soll. Dieses System hat jedoch den

Mangel, dass ich keine *differenzierte Meinung* abgeben kann. Denn Tatsache ist doch, dass ich mich heute zu den Fragen, welche mich wirklich interessieren, überhaupt nicht äussern kann. (Bereits höre ich einen von den Schlauköpfen rufen, dass ich ja eine Initiative machen könne.) Kurz erwähnen möchte ich, als Beispiel für mich betreffende Fragen, den Autobahnbau, die Kernkraftwerke und die Armee. Egal ob ich nun dafür bin oder dagegen. Weiter kennen wir alle den bekannten Ausspruch eines Zürcher Werbeberaters, der gesagt haben soll, mit genügend Geld könne er aus jedem Kartoffelsack einen Bundesrat machen.

Minderheiten

Die Behinderten glauben (dies vielleicht zurecht), dass sie eine Minderheit sind. Doch wie wir aus dem oben angeführten gesehen haben, ist die Schweiz ein Volk von Minderheiten. Wir haben verschiedene Sprach- und



Kulturregionen; wir haben Alte, Frauen, Kinder, Direktoren, Handlanger und was es dergleichen mehr von Arten und Sorten von Leuten gibt, welche sich zusammengehörig fühlen oder dann eben doch wieder nicht. Ich glaube, das grösste Problem besteht darin, dass man/frau sich nicht versteht.

Wir alle leben in Beziehungen, verschiedenartigen Beziehungen. Wir versuchen, uns vor allem in den Beziehungen genau und deutlich auszudrücken, in denen wir gerne verstanden werden möchten. Je näher wir jedoch dieser Bezugsperson stehen, je schwieriger kann dies werden, da auch die Gefahr des Verletzens immer grösser wird. Die Aussichten auf das Verstandenwerden werden aber auch immer grösser. Dies möchte ich mit dem Wort *Kommunikationsfähigkeit* umschreiben.

Kommunikationsfähig müssen wir alle sein, da wir sonst vereinsamen. Kommunikation in der Politik ist sehr schwierig. Wer am meisten Geld hat, wird am besten gehört. Er hat die meisten Plakate, Inserate etc. Wenn der Ce Be eF aus der Situation der Betroffenheit heraus sich zu den pränatalen Vorsorgeuntersuchungen äussert und diese verurteilt, so wird er nur von wenigen gehört. Seine Argumente können noch so stichhaltig sein, trotzdem

bezahlen die Versicherungen diese Untersuchungen teilweise. Oft können wir auch gar nicht verstanden werden, da die Gefühle, aus denen die Argumente entstanden sind, nicht nachvollziehbar sind. So auch in diesem Fall. Daraus sind die sogenannten Minderheiten entstanden.

Kritik und Alternativen

In wenigen Sätzen habe ich Ihnen, liebeR LeserIn, die Unfähigkeit dieses Staates vor Augen geführt, eine Politik zu betreiben, die uns allen genügen kann. Dieser Staat wird immer Teile der Bevölkerung unterdrücken, da er sehr grosse Mängel hat.

Gibt es Alternativen dazu? Sicher. Der heutige Trend zu immer grösseren Zusammenschlüssen hat mehr Nachdenn Vorteile. Der grösste Vorteil besteht sicher darin, dass immer mehr Leute einen Blick für das Ganze gewinnen können. Der grosse Nachteil besteht in der Unterdrückung von immer grösseren Minderheiten. Eine Lösung würde sicher darin bestehen, wenn trotz der Konzentration im Grossen, die *Autonomie von kleinen Gebilden* grösser würde. Das heisst, mehr Mitsprache des einzelnen in Dingen, die ihn direkt betreffen und in seinem Umfeld stattfinden. Also vermehrte Autonomie für alle. Jedoch keine Au-

tonomie, bei der jedeR sich das nimmt, was ihm/ihr am meisten bringt, sondern eine, die nur so weit geht, als dass ich meineN NachbarIn nicht in seiner/ihrer Freiheit beschränke.

Ich möchte diese Alternative nur kurz beleuchten, da die sogenannten staatspolitischen Probleme, die hieraus entstehen, ganze Bücher füllen würden. Die Lösung dieser ist wiederum eine Sache der Schlauköpfe. ■

